

Karlsruhe plant ein neues Klimazentrum

KARLSRUHE (amd). Die Kooperation der Universität Karlsruhe mit dem benachbarten Forschungszentrum macht Fortschritte. Obwohl die endgültige Verschmelzung erst im kommenden Jahr vollzogen werden soll, gaben die beiden Einrichtungen gestern die Gründung eines gemeinsamen Zentrums für Klima und Umwelt bekannt. Damit wolle man eine führende Position in der deutschen und europäischen Klimaforschung beanspruchen, sagte Jürgen Becker, der Vizepräsident der Hochschule. Das neue Zentrum, in dem 30 alte Institute aufgehen, wird 570 Mitarbeiter haben und über ein jährliches Budget von 46 Millionen Euro verfügen. Es werde kein Mitarbeiter zwangsversetzt, versicherte der bisherige Leiter des meteorologischen Instituts der Universität, Christoph Kottmeier. Man versuche, ein so attraktives Zentrum zu gründen, dass die Kollegen freiwillig mitmachen. In zwei Monaten, kündigte er an, werde der Gründungsvertrag unterschrieben.

Das Klimazentrum soll nicht nur Wissenschaftler von zwei Forschungseinrichtungen zusammenführen, sondern sie auch über die Fachgrenzen hinweg vernetzen. Kottmeier versucht beispielsweise die Entwicklung des Klimas für Baden-Württemberg vorherzusagen. Auf einer internationalen Tagung in Karlsruhe zählte er gestern die Schwierigkeiten solcher Prognosen auf: Es müssen etwa Wolken und Berge berücksichtigt werden, die in den globalen Computermodellen bisher nicht vorkommen. Die Berechnungen, die mehrere Computer über Monate auslasten, werden derzeit am Höchstleistungsrechenzentrum der Universität Stuttgart ausgeführt. Die Ergebnisse will Kottmeier mit Experten für Hochwasser diskutieren, die dem neuen Zentrum ebenfalls angehören.

AUFGELESEN

Kaffeelöffel nach 40 Jahren wieder in Heidelberg

Vor 40 Jahren hat ein Gast im berühmten Hotel Ritter in der Heidelberger Altstadt einen silbernen Kaffeelöffel als Souvenir mitgehen lassen. Jetzt hat ihn oder sie offenbar die späte Reue erfasst. In einem Luftpostpäckchen mit fünf farbenfrohen Marken, abgestempelt in Südafrika, kam der Löffel mit der Gravur „Hotel Ritter HEIDELBERG“ vor kurzem zurück in die Hauptstraße 178. Einen Absender trug das Päckchen nicht, dafür einen kleinen anonymen Brief: „This spoon was stolen from your hotel 40 years ago. Please forgive me!“

Die erbetene Vergebung hat Ritter-Geschäftsführer Nicolaas Bootsma postwendend erteilt. „Es ist ja keiner ohne Fehler“, sagt der Hotelchef, der in dieser Hinsicht Kummer gewöhnt ist. „Alles, was mit einem Logo versehen ist, ist begehrt bei den Gästen“, weiß er aus leidvoller Erfahrung und kauft regelmäßig nach. Wie viel, will er lieber nicht verraten. Der wiedergewonnene Löffel komme ins Gästebuch, sagt er. An der Kaffeetafel hat der Hotelchef keine Verwendung mehr für das gute Stück, denn seit 1970 fast das gesamte Heidelberger Hotellsilber mit der früheren Besitzerfamilie in den Neckargemünder Ritter gezogen ist, trägt das Besteck in Heidelberg den – für Souvenirläger nicht ganz so attraktiven Namen – des damaligen Chefs Georg Kuchelmeister. Im Ritter in Neckargemünd indessen braucht man gar kein Besteck mehr. Das schöne Hotel dort ist 2003 einem Brand zum Opfer gefal-

Politiker streiten über Beru

Empörung in Nordbaden über Angebote für eine Mosbacher Au

MOSBACH. Die Berufsakademie in Mosbach platzt aus allen Nähten. Millionen schwere Lockrufe aus Heilbronn und Neckarsulm stoßen trotzdem auf heftigen Widerstand. Der Streit um regionale Interessen nimmt langsam landespolitische Dimensionen an.

Von Wieland Schmid

Für Professor Reinhold Geilsdörfer sind es einfach „spannende Zeiten“. Der Direktor der Berufsakademie Mosbach im nordbadischen Neckar-Odenwald-Kreis strahlt, wenn er auf die bevorstehende Entwicklung des Bildungsinstituts angesprochen wird: „In den letzten vier Jahren haben wir die Zahl der Studenten auf mehr als 2000 verdoppelt, von Oktober an werden es 2500 sein und in drei Jahren 3300.“ Aber die Frage, ob der erforderliche Bedarf an Hörsälen, Büros, Labors und Studentebuden in Mosbach oder teilweise auch anderswo befriedigt werden soll, mag Geilsdörfer nicht beantworten. „Das ist letztlich eine politische Entscheidung“, sagt der Rektor vorsichtig. „Das muss das Wissenschaftsministerium entscheiden.“ Das Ministerium

wird jedoch derzeit geradezu bombardiert mit Stellungnahmen, Protesten und Forderungen und will sich noch nicht festlegen.

Schuld daran sind immer lauter werdende Lockangebote aus dem württembergischen Unterland. „Warum nicht gleich dort eine Außenstelle der Berufsakademie (BA) einrichten, wo die meisten Studienbewerber herkommen, im Industrieraum Neckarsulm-Heilbronn?“, hat der Neckarsulmer Baubürgermeister Klaus Grabbe in seinem letztlich erfolglosen Wahlkampf um den Oberbürgermeistersessel vor Monaten erstmals öffentlich gefragt. Inzwischen haben aber auch die Heilbronner ihren Hut in den Ring geworfen. Nicht nur die SPD-Fraktion hat die Verwaltung aufgefordert, eine Filiale der Mosbacher BA „mit diplomatischem Geschick“ in die Großstadt zu holen.

Auch der CDU-Generalsekretär und Heilbronner Bundestagsabgeordnete Thomas Strobl spricht von einer „großartigen Chance, die keinesfalls vertan“ werden dürfe. Denn Geld ist angeblich kein Problem. Die Stiftung des milliardenschweren Heilbronner Ehrenbürgers und Lidl-Besitzers Dieter Schwarz hat bereits einen „niedrigen Millionenbetrag“ dafür versprochen. Das hat freilich empörte

Eine „tolle Idee“, aber wer z

Sozialministerium will die Wohnstandards in Pflegeheimen ver

Ist Menschenwürde im Alter damit zu vereinbaren, dass Senioren in Pflegeheimen nach einem erfüllten Leben in Doppelzimmern untergebracht sind? Nein, sagt die Sozialministerin Monika Stolz (CDU) und will neue Standards. Nur: wer soll das zahlen? Ein Streit ist absehbar.

Von Thomas Breining

„Ich möchte mein Alter nicht zusammen in einem Zimmer mit einem wildfremden Menschen verbringen“, sagt Ralf Oldendorf. Er ist bei der Evangelischen Heimstiftung, einem diakonischen Träger von Pflegeeinrichtungen der für Bauten und das Marketing zuständige Prokurist. Wenn er das für sich in Anspruch nehmen, müsse das auch Standard für alle anderen sein: „Das Einzelzimmer ist die Grundvoraussetzung für menschenwürdige Unterbringung“, sagt Oldendorf.

Die ist mitnichten gegeben. Genaue Zahlen, wie viele der derzeit rund 80 000 Bewohner von Pflegeheimen in Baden-Württemberg in einem Einzel- und wie viele in einem Doppelzimmer leben, gibt es nicht. Bisher war die Frage auch kaum problematisiert worden. Die geltende Heimmindestbauverordnung schreibt nur vor, dass Wohnplätze für mehr als zwei Personen „nur ausnahmsweise mit Zustimmung der zuständigen Behörde“ zulässig sind, Wohnplätze für mehr als vier Personen gar nicht.

Seit der Föderalismusreform können die Länder hier selbst gestalten. Baden-Württemberg hat als eines der ersten Bundesländer ein eigenes Heimgesetz verabschiedet. Es gilt seit dem 1. Juli. Nun will das Sozialministerium daran gehen, dazu passende Ausführungsverordnungen zu erlassen, etwa Richtlinien für bauliche Anforderungen. Dabei werden die bisher vom Bund gesetzten Maßstäbe heraufgesetzt. Gegen seinen Willen soll niemand in einem Doppelzimmer wohnen müs-



Sozialministerin Monika Stolz mit einer Bewohnerin auf einem Platz. Stolz will die Standards zur Unterbringung

eine Privatsphäre wirksam zugestanden werden. Das sind einige der Leitsätze, unter denen die Verordnungen des Bundes für den Landesgebrauch überarbeitet werden.

„Tolle Idee“, findet Ralf Oldendorf von der Heimstiftung. Sie arbeite seit Jahren daran, die Quote der Einzelzimmer in ihren Einrichtungen zu erhöhen. Derzeit liege man bei 70 Prozent, in zwei Jahren sollen es 80 Prozent sein. Eine Bitte hat er an die Sozialministerin aber doch: „Sie soll uns nachher die Refinanzierung ermöglichen.“ Denn natürlich ist die Unterbringung im Einzelzimmer teurer. Drei bis fünf Euro pro Tag sind es bei der Heimstiftung, pro Monat müssen also für den Pflegeplatz 90 bis 150 Euro mehr bezahlt